

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug - Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto - Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 9. Dezember 1931

Nummer 98

## Zur Lage

Die Entscheidung des Reichsarbeitsministers über den Antrag der Unternehmer im Buchdruckgewerbe auf Verbindlicherklärung des Schiedspruchs vom 28. November, der eine Senkung des tariflichen Spitzenlohns von 55 auf 52 M. oder um 5,45 Proz. „vorschlägt“, ist noch nicht getroffen. Diese Entscheidung soll „vor Erlass der Notverordnung nicht zu erwarten“ sein. Nach wie vor besteht also der allgemeinerrechtliche Zustand, daß die bisherige Entlohnung im deutschen Buchdruckgewerbe Inhalt jedes einzelnen Arbeitsvertrags geworden ist und nur nach vorausgegangen Kündigung des Einzelarbeitsvertrags oder durch eine besondere Vereinbarung zwischen den maßgebenden Organisationsvertretern beider Tarifparteien auf zentraler Grundlage mit tarifrechtlicher Wirkung abgeändert werden kann. Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Gesamtlage in der Wirtschaft, wie im Gewerbe usw. und im Interesse einer einheitlichen Aufrechterhaltung des gewerblichen Friedens ist vorerst ein anderes Verhalten auf lohnrechtlicher Grundlage nicht zu empfehlen. Wird die Verbindlichkeit des Schiedspruchs vom Reichsarbeitsminister definitiv abgelehnt oder durch irgendeine Bestimmung in kommenden Notverordnungen überhaupt hinfällig, dann sind auch alle Vorbehalte von Unternehmenseite für die seit 1. Dezember d. J. erfolgten Lohnauszahlungen gegenstandslos geworden, weil sie keine rechtsverbindliche Unterlage haben. Dagegen haben die bisher vielleicht in einzelnen Fällen erforderlich gewordenen arbeitseigenen Vorbehalte bei Lohnauszahlungen unter Verkürzung des Lohnes im Rahmen des Schiedspruchs die rechtliche Wirkung, daß die sich aus der Minderentlohnung ergebenden Beträge restlos nachzuzahlen und für den Fall einer Verweigerung der Rückzahlung beim zuständigen Arbeitsgericht infolge ihrer Rechtswidrigkeit mit sicherem Erfolg einzuklagen sind. Eine von der „Roten Fahne“ vom 5. Dezember aufgestellte Behauptung, daß „nach einer Vereinbarung der Spitzen des Unternehmerverbandes und der Gewerkschaftsbürokratie“ nur in der ersten Dezemberwoche die Löhne noch voll, aber unter Vorbehalt des rückwirkenden Lohnabzuges ab 1. Dezember ausbezahlt werden, ist als eine dreifache Lüge zu bewerten. Es besteht keine Vereinbarung in dieser Richtung; wohl aber besteht für beide Tarifparteien die in gleicher Weise gültige Rechtslage, daß der Reichsarbeitsminister die Verbindlichkeit des Schiedspruchs ablehnen oder aussprechen kann. Aus dieser klaren Rechtslage können eine besondere Vereinbarung zwischen Unternehmern und Arbeitnehmervertretern nur Querschnitte herausdrehen, die von tarif- oder arbeitsrechtlichen Grundbegriffen keine Abnung haben, dafür aber die Arbeiterschaft zum Gaudium der Unternehmer nur verwirren wollen. Denn, wenn eine solche höchst überflüssige Vereinbarung tatsächlich bestehen würde, dann hätten die Unternehmer es doch gar nicht nötig, sich ihre Lohnraubgefäße noch durch besondere Unterschriften jedes einzelnen Arbeiters unter sogenannte Ausgleichsquittungen bei Lohnauszahlungen stützen zu lassen, wie dies z. B. aus einem neueren Rundschreiben des Deutschen Buchdrucker-Vereins, Kreis VII (Saarssen), zu ersieht ist. Wir warnen daher ganz entschieden vor der bedingungslosen Unterschrift solcher Ausgleichsquittungen und verweisen auf die unter „Rundschau“ der vorliegenden Nummer noch besonders beleuchteten Mittel und Absichten der Unternehmer in dieser Beziehung. Die weitere Entwicklung der Dinge bezüglich der Entscheidung des Reichsarbeitsministers, die allem Anschein nach gar nicht mehr von

ihm allein abhängig ist, sondern, wie schon eingangs angedeutet, durch Inhalt, Tragweite und Zeitpunkt einer besonderen Notverordnung über die zukünftige Gestaltung der Preis- und Lohnfrage von staatspolitischen Gesichtspunkten aus bestimmt sein wird, bleibt also zunächst abzuwarten. Es bedarf an dieser Stelle wohl keiner besonderen Betonung, daß von allen maßgebenden Instanzen der auf dem Boden einer vernünftigen Sozial- und Wirtschaftspolitik stehenden Spitzenorganisationen der deutschen Arbeiterschaft alle Hebel in Bewegung gesetzt worden sind und noch werden, die einer erträglichen Gestaltung dieser wichtigsten Zeitprobleme nicht nur im Interesse der noch im Produktionsprozess stehenden Arbeiterschaft, sondern auch zum Nutzen unserer arbeitslosen Volks- und Berufsgenossen dienlich sind!

\*

Wenn wir nun nach dieser mehr allgemeinen Darstellung der gegenwärtigen Lage noch mit einigen Bemerkungen auf einen von der „Zeitschrift“ in ihrer Nr. 97 vom 4. Dezember gegebenen Bericht über „Die Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium“ am 1. Dezember eingehen, so zwingt uns insbesondere die ebenso verfehlte wie verärgerte Stellungnahme des Prinzipalsorgans dazu. Wie wir schon früher von den Verhandlungen vor der Tarifkommission und vor dem Zentralprüfungsamt berichtet haben, beschränkten sich die Argumente der Prinzipalsvertretung auch bei den Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium in der Hauptsache auf rein mathematische Indizien lebens- und berufsremder Art. Daß die vielumstrittene Reichsindexziffer vom Oktober zum November abermals um 0,9 Proz. gesunken ist, wurde zum Nachweis dafür mißbraucht, daß der heutige Stundenlohn des Buchdruckers trotz der Lohnsenkung im Februar dieses Jahres in seinem Realwert immer noch um 32,1 Proz. über dem Stand von 1913 liege. Daß der Divisor für den Stundenlohn im Jahre 1913 infolge des damaligen Neunstundentages 54 gegen 48 von heute war, genierte den betreffenden Nam Niese nicht im geringsten. Denn dadurch war ihm die Möglichkeit gegeben, auf einer das Format eines Bettlakens einnehmenden Kurventafel einen alpinen Aufstieg des Stundenlohns bis ins Himmelblaue zu „beweisen“. Daß diese absichtlich falsche Rechnung einen „erschütternden“ Eindruck auf den Vertreter des Reichsarbeitsministers gemacht hat, wagen wir zu bezweifeln; besonders deshalb nicht, weil dieser Trick sogar einem Bellachini alle Ehre gemacht hätte. Eine weitere, nicht minder bescheidene Kurventafel, die sich nur auf den tariflichen Wochenlohn und die Reichsindexziffer stützte, versuchte über die auch für die Produktionskosten im Buchdruckgewerbe nicht ganz unwesentliche, aber nicht verzeichnete Großhandelsziffer und nicht minder über die gänzlich schwebende und heute noch sich bis über 250 gegen nur 100 der Vorkriegszeit getriebene Kurve des Druckpreisetarifs hinwegzutäuschen. Auch fehlte wiederum nicht die teils aus der Höhe der heutigen Arbeitslosen- und Kurzarbeiterziffern konstruierte Darstellung der miserablen Lage des Gewerbes, die noch durch rein zweckdienliche und einseitige statistische Feststellungen des Deutschen Buchdrucker-Vereins über den Beschäftigungsgrad ergänzt wurde. Daß hierbei die Veränderungen in den maschinellen Produktionskapazitäten der in Frage kommenden Betriebe wohlweislich außer Anschlag blieben, sei nur so nebenbei erwähnt. Ferner mußte eine an die Praktiken der sogenannten grünen Front in agrarischen Gefilden erinnernde Abstinenz von

über 2000 deutschen Buchdruckereibesitzern auf dem Gebiet der berufsgenossenschaftlichen Beitragsleistung gleichfalls als Beweis für den fortgesetzten Substanzverzehr im deutschen Buchdruckgewerbe herhalten; daß sogar eine größere Anzahl von Buchdruckereibesitzern nicht einmal noch weniger als 1 M. wöchentlich für die Bestattungsbeihilfe des Deutschen Buchdrucker-Vereins übrig hatte, sollte gleichfalls dazu dienen, den Reichsarbeitsminister zur Verbindlicherklärung der durch den Schiedspruch in Aussicht gestellten Lohnsenkung als Abschlagszahlung noch vor der bevorstehenden Notverordnung der Reichsregierung zu drängen. Ein besonders klassisches Beispiel für die Höhe sozialer Einflüsse des Wortführers der Unternehmervertreter war sein Hinweis darauf, daß z. B. ein Papiermaschinenführer in der bayerischen Papierindustrie nur einen Stundenlohn von 90 Pf., während ein Buchdruckergeselle auch nach der durch den Schiedspruch vorgegebenen Lohnsenkung immer noch 108 Pf. erhalte. Daß aber der Deutsche Buchdrucker-Verein trotz der von seinen Vertretern in den schwärzesten Farben geschilderten gewerblichen Notlage und trotz seiner knapp 6000 Mitglieder für seine leitenden Angestellten immer noch an Ministergehälter grenzende „Opfer“ zu bringen in der Lage ist, gehört wahrscheinlich nach Ansicht dieser Herren nicht „zur Sache“. Es dürfte jedoch dieser Umstand im Hinblick auf die von den gleichen Herren seit Jahren bekundete und geradezu aufreizend niedrige Einschätzung des Wertes der Arbeitsleistungen der gesamten Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes doch einiger Beachtung wert sein. Unter solchen Verhältnissen eine gerechte Würdigung der sozialen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Arbeiterschaft zu erwarten, wäre sicher zuviel verlangt.

Es liegt auf der Hand, daß auf solchem Boden keine vernünftige Verständigung in der Lohnfrage zu erzielen war. Um jedoch der Kollegenchaft vor Augen zu führen, in welcher deutlicher Weise von unseren Vertretern neben den allgemeinen Gesichtspunkten im Hinblick auf kommende Notverordnungen die beantragte Verbindlicherklärung des Schiedspruchs bei den Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium bekämpft wurde, wollen wir einen Teil des Berichts in Nr. 97 der „Zeitschrift“ nachstehend wörtlich zum Abdruck bringen:

„Im weiteren Verlauf der Lohnverhandlungen versuchte man auf Gewerkschaftsseite die Lohnfrage auf das Preisgebiet abzubringen, wobei sich ein Vertreter besonders unglücklich hervor tat. Er behauptete, daß das Prinzipalsseite vorgebrachte Material nicht objektiv sei. Bei den graphischen Darstellungen der Prinzipale fehle die wichtige Preiskurve. Wenn er auch die Preisunterbietungen zugebe, so sei doch ausschlaggebend zur Beurteilung der Preisfrage die Tatsache, daß der größte Auftraggeber des Buchdruckgewerbes, der Staat und die Behörden, die überhöhten Sätze des Buchdruck-Preistarifs bezahlen müßten. In weiteren heftigen, aber unsachlichen Ausführungen erging er sich in der Kritik der Preisfrage, der Konkurrenz der Zeitungen untereinander, der Selbstfinanzierung der Betriebe usw. Alles Glend der Gegenwart sei nach seiner Auffassung auf die Kaufkraftschwächung infolge der Lohnsenkung zurückzuführen und der Kulturbegriff des deutschen Volkes drohe dadurch gänzlich verlorenzugehen. Wer von den Verhandlungsteilnehmern zu den Wesen des „Korrespondent“ gehört, dürfte wohl nicht allzufehr über das ungeratete Zeug verwundert gewesen sein, das von diesem dem „Korrespondent“ besonders nahe stehenden Gehilfenvertreter vorgebracht wurde.

Von Prinzipalsseite wurden die von dem gewerkschaftlichen Vordrucker ausgesprochenen Verdächtigungen bezüglich der Objektivität des vorgebrachten Materials sofort zurückgewiesen. Ebenso wurde die dem Sinne nach nicht anders aufzufassende Behauptung, der Preistarif wäre nur gemacht, um die Behörden hochzunehmen, gehörend niedriger gehängt. Wer die Methoden der Behörden bei der Vergeltung von Aufträgen kenne, die bei

auch noch so kleinen Aufträgen erst Umfrage stellen, der werde die von Gewerkschaften aufgestellte Bezahlung entsprechend einzuschätzen wissen."

Wir sind überzeugt davon, daß nicht nur die Leser des „Korr.“ als Verbandsmitglieder, sondern auch viele Prinzipale diesen Ausgang aus dem Bericht der „Zeitschrift“ der Sache nach mit innerer Befriedigung und Zustimmung lesen werden. Sie werden sowohl die Bemerkung, daß sich in dieser Abwehr der Gewerkschaftsvertreter einer von ihnen „besonders unglücklich herovortat“, wie auch jene von dem „ungerheimten Zeug“ so wenig wie wir besonders tragisch nehmen, sondern als psychologisch erklärliche Verstimmung über diese deutliche Kennzeichnung der tatsächlichen Preispolitik gewisser Kreise des Deutschen Buchdrucker-Bereichs bewerten. Wir haben daher diesen Stoßpunkt der „Zeitschrift“ nur noch wenig hinzuzufügen. Das erste wäre, daß der betreffende Redner nicht so naiv war, den Behörden als Druckauftraggebern zuzutrauen, daß sie die Druckpreise in voller Höhe des Druckpreisetarifs bezahlten. Wohl aber wurde die besondere Steigerung des Druckpreisetarifs als Mittel zum Zweck eines größeren Spielraums für die Berechnung behördlicher wie überhaup aller Vertragsarbeiten gekennzeichnet, und gerade daraus die Zunahme der Behörden- und Hausdruckereien in der Privatindustrie abgeleitet. Ferner wurde als Folge dieser überhöhten Preispolitik ein großer Teil der heutigen gegenseitigen Schmuckkonkurrenz bezeichnet. Auch wurde darauf hingewiesen, daß diese Schmuckkonkurrenz nicht nur bei Klein- oder Mittelbetrieben zu finden ist, sondern auch von Großbetrieben gelbt wird, die infolge der Preise für größere behördliche Aufträge dazu gezwungen sind. Gerade in dieser Beziehung herrschen in Prinzipalstufen starke Gegensätze, die eine vernünftige, für die Allgemeinheit der Betriebe erträgliche Preispolitik außerordentlich erschweren und in den letzten Jahren zur Neugründung von vielen Betrieben durch frühere Geschäftsführer oder andre berufliche Kenner einträglicher Geschäftsmöglichkeiten Anreiz gegeben haben. Daß solche Verhältnisse nicht nur die Behörden, sondern den größten Teil der Auftraggeber des Buchdruckgewerbes mehr und mehr zur Selbsthilfe gedrängt haben, kann nur bestreiten, wer den Kopf in den Sand steckt. Auf weitere Einzelheiten auf diesem Gebiet wollen wir zunächst nicht eingehen. Angesichts der bebauerten Tatsache, daß man es bisher bei allen Lohnverhandlungen auf Unternehmerseite für zweckmäßig gehalten hat, der Arbeiterschaft sozusagen jeden Bissen Brot und jeden Pfennig ihres Arbeitsverdienstes bis ins kleinste durch kleinlichste Indexschinderei vorzuziehen, war dieses „Hineinleuchten“ eine hereditäre und unvermeidliche Notwehr. Daß diese Abwehr den Unternehmervertretern sehr großen Verdruß bereitet hat, konnten sie bei den Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium nicht verbergen. Dies bestätigt aber auch, daß auf diesem Gebiet nicht wenig im argen liegt und um so schlimmer geworden ist, als die Produktionskapazität im Gewerbe allein im Laufe der letzten fünf Jahre einen Umfang angenommen hat, der auch ohne das Ausmaß der heutigen Weltwirtschaftsgerüttung zu einer viel größeren Ausschaltung menschlicher Arbeitskräfte, einer viel stärkeren Steigerung in- und ausländischer Absatzschwierigkeiten als vor dem Krieg geführt hätte. Mit dieser Kennzeichnung der Lage wollen wir dieses Kapitel zunächst abschließen und abwarten, ob es die „Zeitschrift“ geklärt, ihre diesbezügliche Mohrenwäsche noch weiter fortzusetzen.

### Snecht, bleibe Snecht!

Das Bogheimer Dokument hat volle Klarheit darüber geschaffen, mit welchen Methoden die nationalsozialistische Partei die Macht über das deutsche Volk erringen und besitzeln will. Erschließen heißt ihr erstes und ihr letztes Wort. Aber welchen Zweck soll die Erlösung dieser Gewalt Herrschaft dienen? Darüber haben sich die Hakenkreuzler bisher in Schweigen gehüllt. Sie erklärten im allgemeinen lediglich, daß sie es „anders“ machen würden. Den einzelnen Umständen blieb es überlassen, sich selbst ein Bild von den herrlichen Zuständen im „Dritten Reich“ zu entwerfen. Vor kurzem aber hat ein Verweser den Schleier über die Absichten der Nationalsozialisten gelüftet. Am 7. November 1931 fand eine „Wirtschaftspolitische Sondertagung“ für führende Persönlichkeiten der „Wirtschaft“ in Düsseldorf statt. Dort hielt im Auftrag der Reichsleitung der Hitlerpartei der Hauptmann Dr. Otto Wagener eine Rede über „nationalsozialistische Produktionspolitik und Wirtschaftsorganisation“. Nach dem jetzt vorliegenden Stenogramm soll es im nationalsozialistischen Zukunftsstaat folgendermaßen ausfallen:

Zuerst ist Herr Dr. Wagener dem Vorwurf entgegengetreten, als ob die Hakenkreuzler eigentumsfremdlich seien. Darauf erwidert er: „Wir eigentumsfremdlich? Wir denken gar nicht daran!“ Gleich danach wird auch die Behauptung zurückgewiesen, daß die Nationalsozialisten

**Abbau**  
auch des geistigen Niveaus?  
Kollege, Deine Antwort ist: Nun erst recht  
Büchergilde Gutenberg.

Sozialisten und nicht besser als die Marxisten seien. „Unser Sozialismus kann von jedem einzelnen Wirtschaftler angenommen und bejaht werden!“ ruft er den Industrie- und Bankkapitalisten zu, die zu seinen Zuhörern gehören. Und er ergänzt den nationalsozialistischen Begriff des Sozialismus durch die Behauptung, daß wir jetzt in einer Zwangswirtschaft des Parlamentarismus, „der Herrschaft der Masse und damit der Dummheit“, leben. Im „Dritten Reich“ wird das anders sein: „Die Masse kann nicht regieren, regieren kann nur ein Führer, eine verantwortliche Persönlichkeit.“

Um aber ja keinen Zweifel aufkommen zu lassen, daß der Begriff des Sozialismus im Firmenbild der Hakenkreuzler nicht ernst zu nehmen ist, betont Herr Dr. Wagener: „Diese Gebanwänge sind nicht etwa — diesen Einwand möchte ich von vornherein widerlegen — Sozialisierungsbestrebungen. Sozialisierung ist kollektivistische Verwertung unter Ausschaltung des bisherigen Besitzes. Wir aber denken gar nicht daran, den bisherigen Besitzer auszuschalten... Unser Staat wird so hoch über der Wirtschaft stehen, daß er selbst niemals als Teilhaber in Frage kommt.“ Die Stellung des Kapitalisten ist also auch im „Dritten Reich“ gesichert. Wie aber ist es mit der Stellung des Arbeiters? Auch darauf gibt Wagener eine offene Antwort. Die Nationalsozialisten wollen die Arbeitsdienstpflicht einführen, vor allem deshalb, „um unserer Jugend zunächst wieder einmal bezubringen, daß es noch ein Oben und ein Unten gibt.“

Wer Knecht ist, soll also ewig Knecht bleiben. Der Arbeiter hat keine Möglichkeit des sozialen Aufstiegs. Er hat aber nicht einmal die Möglichkeit, an der Verbesserung seiner Lebenshaltung mitzuarbeiten. „Wir Nationalsozialisten sind keineswegs Anhänger des heutigen Tarifsystems“, jagte der Beauftragte der Reichsleitung der NSDAP. Unter dem Hakenkreuz soll lediglich die unterste Grenze des Lohnes festgelegt werden, und wenn man sich daran erinnert, daß noch vor wenigen Wochen ein anderer „Reichsbeauftragter“ in einer sächsischen Versammlung den Arbeitnehmern erklärt hat, daß eine nationalsozialistische Regelung die Lebenshaltung der Bevölkerung noch weit mehr herabdrücken würde, als es bisher schon der Fall ist, so kann man sich ungefähr eine Vorstellung davon machen, wie das Existenzminimum aussehen wird, nach dem die unterste Lohngrenze im „Dritten Reich“ festgelegt werden soll. Was aber darüber hinausgeht: Zuschläge für Facharbeiter, Akkordlöhne, Verkaufsbestimmungen und so fort, darauf haben die Arbeiter nicht den geringsten Einfluß. Ausdrücklich betonte Herr Dr. Wagener in seiner Düsseldorf Rede: „Alles andre soll aber im Betrieb vereinbart werden. Künftig werden die Betriebsräte mit dem Unternehmer beraten. Entscheiden muß natürlich stets der Unternehmer.“

Die Nationalsozialisten sind auch „grundfäßliche Gegner des heutigen Systems der Sozialversicherung“, weil es „geradezu zur Ausnugung der Versicherung anreizt“. Das Krankenkassenwesen sei zu einem Krankenkassenwesen geworden, die Arbeitslosenversicherung müsse wesentlich verschlechtert, die Unfallversicherung eingeschränkt werden. Wie es überhaupt der Sozialgesetzgebung im „Dritten Reich“ ergehen soll, das erfahren wir bei den Betrachtungen über die künftige Gestaltung des Staatshaushalts. Wagener berechnet das Gesamtbudget mit 25 Milliarden, während es in Wirklichkeit, Reich, Länder und Gemeinden zusammengerechnet, etwa 20 Milliarden beträgt. Daran wollen die Nationalsozialisten „erhebliche Kürzungen, mindestens 8 bis 10 Milliarden“, vornehmen. Sieht man von den Ausgaben für Reichswehr und Marine ab, die die Hakenkreuzler noch beträchtlich erhöhen wollen, so stehen sich Kürzungen in solchem Ausmaß nur dann vornehmen, wenn man die ganze Sozialversicherung, die Versorgung der Kriegsoffer und die soziale Fürsorge aus dem Haushalt beseitigt. Das ist auch das Ziel der Nationalsozialisten, denn unter den Tausenden von Ämtern, in denen sie „aufräumen“ wollen, nennt Wagener an erster Stelle die Arbeitsämter und die Wohnungsämter.

Zurück zum feudalistischen Ständestaat! Im „Dritten Reich“ wird es keine Gewerkschaft mehr geben, keinen Tarifvertrag, keine Sozialversicherung. Das Kapital macht die Gesetze, die SW. sorgen für ihre Durchführung, wer nicht damit einverstanden ist, der wird nach Bogheimer Rezept niedergemalt oder am nächsten Baum aufgehängt. Der Kapitalist wird nicht nur „Herr im Hause“, er wird auch Herr über den Staat sein. Wagener erklärt mit Nachdruck, daß auch dann wieder nur die über das Budget beschließen, die es wirklich zahlen. Heute ist es ja umgekehrt. So haben es die ostpreussischen Junker und die westdeutschen Schwerindustrieellen vor dem Krieg auch gesagt, als sie das elende Dreiklassenwahlrecht und das mittelalterliche Herrenhaus verteidigten. Ihren Grundtat haben sich jetzt die Hakenkreuzler zu eigen gemacht: Nur das gefüllte Portemonnaie darf im Staat bestimmen, die Arbeiter aber haben zu luschen!

Das ist das Wirtschaftsprogramm der Nazis. Man versteht nun, warum das Großkapital und der Großgrundbesitz es sich ein gebürges Stück Geld kosten lassen, damit die Hakenkreuzler zur Macht kommen sollten.

## Das Buchgewerbe im Ausland

**Tschechoslowakei.** Die Kurve der Arbeitslosenziffer im graphischen Gewerbe zeigt seit Beginn des vorigen Jahres schon ein regelmäßiges Ansteigen. Von 471 Arbeitslosen im Januar des Vorjahres stieg ihre Zahl auf fast 1500 (von etwa 9000 Mitgliedern) zu Anfang Oktober dieses Jahres; dabei steht fest, daß der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit noch immer nicht erreicht ist. Hauptursache wirt sich die Krise auf die Arbeitslosen und auf die Invalidentätigung aus. Große sind den Staatsbeitrag zur Arbeitslosenunterstützung, so wäre der Einfluß auf die Verbandskasse und auf die Leistungen der Mitglieder für die Opfer der Krise weit größer. Betrag der Vermögensausfall des Verbandes schon im Vorjahr fast 700 000 Kronen, so beträgt der durch die Krise hervorgerufene Vermögensausfall allein des böhmischen Landesvereins in den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres schon über 900 000 Kronen; ähnlich liegen die Verhältnisse bei den übrigen drei Landesvereinen. Bei einem Anhalten der Krise mit ihrer noch nie dagewesenen Arbeitslosigkeit werden Reformen in der also auch für dieses Jahr mit seinem Altium abschließenden Finanzwirtschaft des Verbandes wohl bald unvermeidlich sein. — Nach dem politischen Umsturz zu Kriegsende und der damit errichteten Tschechoslowakischen Republik — die etwa 14 Millionen Einwohner zählt — nahm die Vergrößerung und weitere Ausgestaltung des Zeitungswezens der neuen Republik, und insbesondere jene der neuen Metropole Prag, ungeahnt zu. Nach der letzten Statistik gibt es in der ganzen Republik über 4000 Zeitungen und Zeitschriften in tschechischer oder slowakischer und das andre Drittel in zumteil deutscher und nur ein kleiner Teil davon in magyarischer Sprache. Das Zeitungsgewerbe Prags beansprucht von dieser Gesamtzahl etwa 1400 Zeitungen und Zeitschriften politischer und wissenschaftlicher Art, hat also eine ganz respektable Höhe erreicht. Die Parteidruckereien der verschiedensten politischen Richtungen sind zumeist ausgesprochene Zeitungsbetriebe, die den Werkdruck nur zum Zweck des Subjektungswechsels pflegen, und nur von zwei parteilosen Tageszeitungen — einer deutschen und einer tschechischen — kann gesagt werden, daß sie über ein flottgehendes Inzeratengeschäft verfügen und somit ein mehr als sorgenloses Leben zu führen in der Lage sind; je nachdem es ihre Geschäftslage erfordert, neigen sie ab und zu bald der einen oder andern politischen Richtung zu und üben so auf ihre indifferenten Leser- und Wählererschaft unverkennbaren Einfluß aus und machen sozusagen „öffentliche Meinung“. Von den vier deutschen Tagesblättern Prags sind drei ausgesprochene Parteiblätter. Prag zählt im Jahre 1930 etwa 200 Druckereien mit ungefähr 300 Beschäftigten; von den 436 Zeilensetzmaschinen sind 262 Linotypen, 110 Interotypes, 64 Typographen und 87 Monotypen mit 44 Gießmaschinen, von denen 779 Kollegen — der weitaus größere Teil von ihnen in Zeitungsbetrieben — arbeiteten.

**Belgien.** Die vom Kongreß in Antwerpen eingesetzte Kommission zur Schlichtung der Differenzen zwischen dem Land und dem Verband und der Sektion Brüssel hat unter dem Vorsitz des Kollegen Waterschoot eine Reihe von Richtlinien für die Beilegung der bestehenden Meinungsverschiedenheiten aufgestellt. Eine Sonderorganisation für Brüssel wird nicht anerkannt. Die Sektion Brüssel des belgischen Typographenbundes hat die Entschuldigungen der Kommission vorbehaltlos angenommen. Anders ist es dagegen mit dem sogenannten neutralen Syndikat, das gemäß den Absichten der Spezialkommission seine Tätigkeit einzustellen und seine Mitglieder der Sektion Brüssel zuzuführen hätte. In einer von etwa 100 Kollegen beschlossenen Versammlung ihrer Alterorganisation — die nach den Angaben ihrer Führer 500 Mitglieder zählen soll — wurde einstimmig beschlossen, die Säufolgeforderungen der Spezialkommission als unannehmbar abzulehnen. Eine von der Spezialkommission mit dem Vorstand des neutralen Syndikats vereinbarte Zusammenkunft verlief ebenfalls resultatlos, da der Vorsitzende der Neutralen, der allein der Einbindung Folge geleistet hatte, erklärte, auf seinem ablehnenden Standpunkt zu beharren zu müssen. Die ganzen Einigungsverhandlungen sind infolgedessen wieder auf dem toten Gefesse angelangt. Ein außerordentliches Landeskongreß soll nunmehr über die ferneren Richtlinien beraten. — Wie sehr die Einheit unter den belgischen und speziell unter den Brüsseler Buchdruckern nottut, erhellt man aus den Berichten über die traurigen Zustände, unter denen mandherorts die Kollegenhaft leidet. Obwohl sie den Tarifvertrag unterschrieben haben, verweigern manche Prinzipale die Bezahlung der Zuschläge für Überstunden, andre sabotieren die Vorschriften betreffs der Doppelschichtbezahlung, wieder andre beschäftigen an den Segnmaschinen Frauen, die sie mit 700 bis 800 Fr. monatlich entlohnen, während das Wochenminimum für Linotypsetzer gegenwärtig noch 348 Fr. ist. Nicht zu sprechen von denjenigen, die, wohl wissend, daß Hunderte von Gehilfen ohne Arbeit sind, ihr unzureichendes Personal überstunden ohne Zahl verdrängen lassen. Und die Gewerbeinspektion klammert sich nicht darum. Für Brüssel betrug die Zahl der arbeitslosen Buchdrucker in den letzten Monaten zwischen 450 und 523.

**Frankreich.** Einem Bericht der „Imprimerie Française“ über die finanzielle Lage des französischen Buchdruckerverbandes für das zweite Quartal 1931 entnehmen wir, daß die Aufwendungen für Streiks im französischen Verbandsgebiet in der Berichtsperiode verschwindend gering sind; dagegen waren namhafte Summen aufzubringen für die streikenden Zeitungsarbeiter in Roubaix

und für die norwegischen Bruderorganisationen. Die Arbeitslosenunterstützung beanspruchte 147 646 Fr. und bleibt damit etwas hinter dem Betrag vom vorhergehenden Quartal zurück. Diese Verminderung ist aber nicht dahin zu deuten, als ob die Zahl der Arbeitslosen abgenommen hätte; sie ist vielmehr auf den Umstand zurückzuführen, daß zahlreiche Mitglieder ihre Unterstützungsanträge erschöpft haben. Mit einem Aufwand von 152 331 Fr. verzehnte die Krankenunterstützung einen Rückgang von 121 659 Fr. gegenüber dem vorigen Quartal; an Zuwäsenunterstützung wurde die Summe von 105 056 Fr. ausbezahlt. Die Zahl der Verbandsspenden hat um fünf Einheiten zugenommen; man verzehnte hier 277 Unterstützungen. Das Verbandsvermögen weist eine Zunahme von 18 439 Fr. aus und beläuft sich auf 3 252 230 Fr. — Die Sektion Paris hat eine am Boulevard Auguste-Blanqui gelegene Baustelle erworben zum Preise von 500 000 Fr. 300 000 Fr. sind bar zahlbar, die restlichen 200 000 Fr. in dem Zeitraum von drei Jahren, bei einem Zins von 7 Proz. Zu wiederholten Malen war der Pariser Sektionsvorstand gezwungen, bei der Direktion der Nationaldruckerei vorstellig zu werden zur Beseitigung von Mißständen, die hier eingetreten sind. Die Leitung dieses Betriebs ist in letzter Zeit dazu übergegangen, bei Neueinstellungen vorzugsweise Provinzkollegen zu berücksichtigen, obgleich in Paris selbst das benötigte Personal unter den Arbeitslosen zu bekommen gewesen wäre. In dem Nationaldruckerei nunmehr etwa hundert Maschinensetzer und Setzer auf einmal entlassen hat, hat sie den Arbeitslosenstand in der Hauptstadt in unvorhergesehenem Maße answellen lassen, da die aus der Provinz zugezogenen Kollegen nur schwer zu bewegen sind, selbst bei Arbeitslosigkeit, in ihre Heimat zurückzukehren. Die Verhandlungen zwischen dem Sektionsvorstand und der Druckereileitung haben zu einem befriedigenden Ergebnis bisher nicht geführt. Der Vorstand der Sektion Paris warnt vor Zugang von auswärtigen, da die Verhältnisse augenblicklich sehr ungünstig sind. — Die *Industrieller* verzehnte für Paris einen Rückgang von 24 Punkten. Für den 1. Februar ist daher mit einer Kürzung der Löhne zu rechnen.

### Korrespondenzen

**Mitteleuropa.** Unsere Ortsvereinsversammlung am 7. November hatte einen guten Besuch zu verzeichnen. Nach der Eröffnung eines verstorbenen Kollegen wurden unter „Mittellungen“ verschiedene Rundschreiben des Gau- und des Verbandsvorstandes vom Vorsitzenden *Geisard* erläutert und zur Kenntnis genommen. Die Kündigung des Lohnabkommens, der Abbau der Leistungsulagen und das Verhalten der Prinzipale gegenüber dem „*Sungbruder*“ wurden einer scharfen Kritik unterzogen. Dem Kollegen *Günther* (Göpping), der 42 Jahre als Funktionär tätig war, übermittelte bei seinem Abscheiden der Vorsitzende den Dank des Bezirksvorstandes. Ein Kollege mußte wegen fortgesetzter Nichtmeldung aus dem Verband ausgeschlossen werden. Gegen den *Rassenbericht* wurden keine Einwendungen erhoben; dem Bezirksfahnen *Seele* wurde einstimmig Entlastung erteilt. Sodann folgten der Kartellbericht und Vorschlagsangelegenheiten. Letztere riefen eine lebhafteste Aussprache hervor. Eine an die Reichsregierung und den *ADGB* abzugebende Entschließung für die nächstjährige Weltarbeitslosenkonferenz wurde einstimmig gefaßt. Verschiedene örtliche Angelegenheiten bildeten den Abschluß der Versammlung.

**Bamberg.** Vor Eintritt in die Tagesordnung unserer *Verammlung* am 14. November gab der Vorsitzende seinem Bedauern Ausdruck über den schlechten Besuch. Ein Zeichen der schlechtesten finanziellen Lage der Kollegen. Da zu dieser Versammlung auch die Lehrlinge eingeladen waren, fand vor den weiteren Verhandlungen der Tagesordnung im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft des Bildungsverbandes ein Lichtbildvortrag; „*Praktisches Skizzen*“, flakt, der höchsten Interesse begegnete. Nach diesem Vortrag verließen die Lehrlinge das Lokal und die Verhandlungen konnten ihren Fortgang nehmen. Kollege *Herger* über gab jodann den *Rassenbericht*, der, der neuesten Wirtschaftslage entsprechend, gut zu nennen war. Es fanden hierauf zwei Ausschüsse von Kollegen statt, die sich gegen den Tarif trotz verschiedener Vorabungen stark verteidigten hatten. Das 50jährige Stiftungsfest unseres Ortsvereins soll in den nächsten Wochen in Form einer Morgenfeier begangen werden. Gegen einen Invaliden wurden verschiedene Klagen erhoben, die zu einem Antrag auf Ausschluß führten. Jedoch soll der betreffende Kollege nochmals — um eine Härte zu vermeiden — vor den Vorstand geladen werden.

**Barmen.** Die Verhältnisse im Buchdruckgewerbe am hiesigen Platz sind so katastrophal, daß sie wohl kaum übertrumpft werden können. Trotzdem kann der Ortsverein Barmen eine Versammlung, die von weniger als 100 Kollegen besucht wird, als Seltenheitsbegebenheit. Bei einem solchen Interesse braucht dem Verband um seine Zukunft nicht bange zu sein. Unsere *Verammlung* am 13. November war ebenfalls sehr gut besucht. Vorsitzender *Wellingrath* machte unter „Geschäftlichen“ darauf aufmerksam, daß bei Besuch der Maschinenführer keine Unterstüzung bezahlet werden könne. Kollege *Tadenberg* machte Mitteilung von einem außerordentlich günstigen Ergebnis der Werbeweche der Bildergilde am hiesigen Platz. Entfimmige Annahme fand eine Resolution zur Arbeitsfrage. Aufgenommen wurde ein Kollege, bedingt um Ausschluß gestellt werden mußten wegen Nichterens zwei Mitglieder. Den *Rassenbericht* erstattete Kollege *Stokinger*. Im letzten Quartal bezugten die Ausgaben für das Material an Durchschneide 700 M., sie waren damit höher als die gesamten Einnahmen. Bei diesem Stand der Dinge mußte die Versammlung schweren Herzens den Beschluß fassen, die Unterstützungen für Durchschneide einzustellen. Einen sehr interessanten Vortrag hielt hierauf der erste Geschäftsführer

der hiesigen Konsumgenossenschaft „Vorwärts-Bezeichnung“, *Karl Drescher*, über „Wirtschaftsstile und Konsumgenossenschaft“. Der Vortrag beleuchtete den Wert planmäßigen Produzierens auf genossenschaftlicher Basis. Dem Referenten wurde herzlicher Beifall zuteil. Zu den bevorstehenden Lohnverhandlungen fand ein Schreiben des Vorstandes an den Gewerkschaftsstand und die Zentrale, dem von den Unternehmern planmäßig veräußerten Berechnungsprozeß Einsicht zu bieten, lebhaftes Zustimmung. Aber eine den Arbeitslosen zu gewöhnliche Weihnachtsunterstützung soll in der Dezemberverammlung nochmals gesprochen werden. Man kann den Arbeitslosen nur eine kleine Unterstützung zukommen lassen, weil die Zahl der arbeitenden zu der Zahl der arbeitslosen Kollegen in einem zu großen Mißverhältnis steht. Mit einem bewundernswerten Eifer arbeitet hier der Bildungsverband. In seinen Kurzen (zur Zeit *Esperanto*) nimmt er sich, ohne auf die Mitgliedschaft zu sehen, der arbeitslosen Kollegen an. Der Ortsverein, der diesem Streben großes Interesse entgegenbringt, bewilligte die Beihilfen für die sich am Kurzen beteiligenden Arbeitslosen. Die gut verlaufene Verammlung fand erst nach Mitternacht ihr Ende.

**O. D. Berlin.** In untrer sehr gut besuchter außerordentlichen *Generalversammlung* am 3. Dezember in den „Kammerkassern“ erstattete Gewerkschafter *Braun* Bericht über die Lohnverhandlungen. Erschütterte eingehend den Gang der Verhandlungen, die in der Forderung eines Abbaues von 16 1/2 Proz. gipfelten und deutlich das Bestreben der Unternehmer erkennen ließen, noch vor einem weiteren von der Regierung durch Notrozordnung zu erwartenden allgemeinen Lohnabbau einen Sonderprofit herauszuschlagen. Das Buchdruckgewerbe wurde von den Prinzipalen wegen des schlechten Geschäftsganges als vor dem völligen Ruin stehend bezeichnet, und es wurde von unsern Vertretern mit Recht als ein Verbrechen bezeichnet, wenn man trotzdem in ein solch bankrottes Gewerbe noch Lehrlinge in Massen aufnehme und diese jungen Leute nach ihrem Auslernen sofort oder nach ganz kurzer Zeit auf die Straße setze und sie jahrelanger Arbeitslosigkeit ausliefern. Braun wies dann auf die in den beiden letzten Wochen von der Opposition aller Schattierungen herausgebrachte Fint an Flugblätter, Streifenauflösungen und Schmähungen der Organisation hin, die er in dieser Situation als beschämend bezeichnete. Erklärte, daß er konstatiert werden, daß die übergroße Mehrheit untrer Kollegen diese Zerplitterungstaktik durchschaut hat und diesen Organisationsgebildungen die Gefolgschaft verweigert, damit aber auch bei uns geschlossen gegenüberstehenden Unternehmerorganisation um Ausdruck bringt, daß der Verband der Deutschen Buchdrucker in seiner ungebrochenen Geselligkeit jedem Auf seiner Leitung Folge leisten wird. Kollege Braun empfahl zum Schluß, das Ergebnis der Lohnverhandlungen zur Kenntnis zu nehmen. In der Diskussion, zu der 13 Redner vorgemerkte waren, kam die Empörung über diesen brutalen Unternehmerstandpunkt drastisch zum Ausdruck. Bis letzter Redner führte unser Verbandsvorstand *Krauß* in eindringlicher Weise aus, daß die Lohnbewegungen des letzten Jahres unter ganz bestimmten Kennzeichen gefolgt haben. Die schon vor langer Zeit von den Buchdruckern geforderte Einführung der Vierzigstundenswoche zur Verminderung der Arbeitslosigkeit drohe durch die Hartnäckigkeit der Unternehmer und die unentschlossene Haltung der Regierung im Sande zu verlaufen. In dieser sehr ernsten Situation, in der die Gewerkschaften die einzige Säule gegen den drohenden Faschismus bilden, müsse alles getan werden, um ihre Zerrüttung durch die Kommunisten zu verhindern und sie in ihrer Schlagkraft stark zu erhalten. Eine Resolution, die den Verbandsinstanzen das Mißtrauen ausdrückt und Übergang zur energischen Arbeitfront fordert, wurde von der Versammlung mit allen gegen etwa ein Dutzend Stimmen abgelehnt.

**Berlin (Gandseher).** Untrer gut besuchte *Generalversammlung* am 15. November hatte eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Zum Geschäftsbericht führte Vorsitzender *Pietich* u. a. folgendes aus: Wenn wir im vorigen Jahr untrer Generalversammlung mit dem Wunsch schlossen, daß das fünfte Vereinsjahr ein besseres werden möge, so ist leider festzustellen, daß dieser Wunsch nicht in Erfüllung gegangen ist. Die Weltwirtschaftskrise findet ihre Auswirkung in der völlig daniederliegenden Konjunktur. Die Lohnabbaumaßnahmen, die vielen Betriebsbeschränkungen, verbunden mit Kurzarbeit, verursachen eine ungeheure Arbeitslosigkeit und drücken dem abgelaufenen Vereinsjahr den Stempel eines Elendsjahres auf. Die gesamte Arbeiterbewegung ist in ihrer Fortentwicklung gehemmt, alle Organisationen hatten im letzten Jahr eine schwere und opfernde Zeit zu überleben, die leider auch in untrer Vereinigung ihre Spuren hinterlassen hat. Im letzten Quartal 1930 überstiegen wir bereits das dritte Tausend in unserm Mitgliederbestand, aber mit dem Ansehen der Arbeitslosenzahl und der immer geringer werdenden Beschäftigungsmöglichkeit ist diese Zahl geklungen Neben vielen Neuaufnahmen sind auch verschiedene Austritte zu verzeichnen, und wegen rückläufiger Beiträge mußten eine ganze Anzahl Ausschüsse von 2010 aufzuweilen. Die Arbeitslosigkeit mit zur Zeit 2813 Handlöhner trifft untrer Sparte am schwersten. Die Dauer der Arbeitslosigkeit wirkt geradezu verheerend, auch von der Kurzarbeit sind nach untrer Statistik 1448 Kollegen betroffen. Die Lohnabbaumaßnahmen der Berliner Prinzipale traten bis Mitte September bei den Handlöhner weniger in der Erscheinung, aber von dieser Zeit ab waren täglich Meldungen über Lohnabbau auch bei uns zu verzeichnen. Der Auf nach Verkürzung der Arbeitszeit, um untrer Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß einzureihen, ist vom Vorstand bei jeder sich in der Organisation bietenden Gelegenheit unterstützt und gefördert worden. Zu den Lohnverhandlungen hat der Vorstand an die Zentralkommission einen Antrag gestellt, in dem gefordert wird, jeden weiteren Lohnabbau zu verhindern und bei einem gerechten Lohnausgleich die Vierzigstundenswoche einzuführen. Unser Verhältnis zu der Ortsgruppe Berlin des Bildungsverbandes ist als gut zu bezeichnen. Beide Vorstände haben beschloßen, in Zukunft technische Vorträge für die Handlöhner gemeinsam zu veranstalten. Trotz der

schwierigen finanziellen Verhältnissen in der Organisation ist es mit Unterstützung des Gewerkschaftes auch in diesem Winterhalbjahr möglich, die Fachkurse abhalten zu können. Das abgelaufene Geschäftsjahr war für den Vorstand das bisher erfolgreichste. Außer den vielen Betriebsversammlungen und Kommissionen waren 25 Vorstandssitzungen notwendig. Wir haben jetzt in der Organisation eine sorgenvolle und schwere Zeit durchzustampfen, die sich auch auf untrer Vereinigung auswirkt. Einigkeit und Geselligkeit sind die Grundbedingungen und die Voraussetzungen im Kampf zur Verbesserung untrer Lebenslage. Leider fehlt noch ein großer Teil der Berliner Handlöhner der Sparte fern. Wir alle müssen mit dazu beitragen, diese Kollegen für uns zu gewinnen und sie zum Eintritt in untrer Sparte zu bewegen, damit einmal die größte Berufsgruppe im Verband auch die stärkste Spartenorganisation verleiht. Unser Beifall dankte dem Kollegen *Pietich* für seine vortrefflichen Ausführungen. Den *Rassenbericht* gab Kollege *Geisard* ab. Bestand am 31. Dezember 1930: 5113,01 Markt, Einnahmen 1931: 9025,40 M., zusammen 14 138,41 Markt. Dem gegenüber standen Ausgaben in Höhe von 8780,61 M., so daß zur Zeit ein Bestand von 5357,80 M. vorhanden ist. Den Bericht der Berechnungskommission erstattete Kollege *Hohm*. In 12 Sitzungen wurden 49 eingegangene Arbeiten erledigt, davon waren 25 aus Berlin und 21 aus dem Reich. Da zu dem Berechnungskursus sich jetzt nur 12 Teilnehmer bereit erklärt haben, ersuchte Kollege *Hohm* noch um Meldungen bis zum 14. Dezember, damit der Kursus durchgeführt werden kann. In der nun eingehenden Außerst saftigen und regen Ansprache waren alle Redner bis auf zwei kommunistische Kollegen mit dem Vorstandsbereich einverstanden. Eine für die jungen Kollegen sehr bedauerliche Erscheinung teilte Kollege *Schieber* mit. Von 1266 Kollegen, die in den letzten drei Jahren ausgetreten haben, stehen heute nur noch 126 in Arbeit. Eine Folge der übergroßen Lehrlingsmangel in der Gewerbe. In seinem Schlußwort hob Kollege *Pietich* besonders hervor, daß an den allgemeinen schlechten Verhältnissen auch die politische Jerrissenheit der Arbeiterchaft viel Schuld habe und daß das Hauptguldkonto auf die Kommunisten und ihre *ADGB*-Freunde komme. Den Kassieren wurde Entlastung erteilt. Der bisherige Vorstand mit dem Kollegen *Pietich* als erstem Vorsitzenden wurde gegen nur drei kommunistische Stimmen per Affirmation wiedergewählt. Als Vertreter für den Gewerkschaftsstand wurde als Beisitzer der Obmann der Berechnungskommission gewählt. In Stelle eines sachgemäß aussehenden Revisors trat ein anderer Kollege. Bei den Mitgliebern der Berechnungskommission erfolgten keine Veränderungen. Der Antrag des Vorstandes: „Jeder arbeitslose Spartenkollege, der bis zum 15. November zehn Beiträge geleistet hat und bis zum 19. Dezember mindestens vier Wochen ohne Beschäftigung ist, erhält als Weihnachtunterstützung einen Konsumgutschein im Werte von 5 M.“ wurde einstimmig angenommen. Invaliden, Kranke und Restanten haben keinen Anspruch. Die Entschädigung für den gesamten Vorstand wurde auf dessen Antrag auf 700 M. herabgesetzt, für den Vorsitzenden der Berechnungskommission wurden als Entschädigung 50 M. bewilligt. Unter „*Reinmittellungen*“ gab Kollege *Pietich* bekannt, daß in einzelnen Druckereien sich noch neben dem Lohnabbau eine doppelte Kontrolle der Leistungen ausgebreitet habe. Untrer Versammlungen finden von jetzt ab regelmäßig im „*Klubhaus*“, Ohmstraße, statt. Ein Artikel aus der „*Zeitschrift*“: „*Über die 20prozentige Aufschlag für Maschinensetzer noch heute gerechtfertigt*“, wurde bekanntgegeben und dazu grundfächlich erklärt, daß wir es als Handlöhner ablehnen, uns als Vorspann für Unternehmerinteressen gegen die Maschinensetzer benutzen zu wollen.

**Bielefeld.** Am 15. November fand eine *Bezirksversammlung* in Herford statt. Fast restlos waren die Orte untrer Bezirks vertreten. Vorsitzender *Strachmann* entbot allen einen Willkommenstrahl. Zunächst gedachte er in warmen Worten zwei verstorbenen Kollegen. Nachdem einige interne Angelegenheiten erledigt worden waren, nahm man Stellung zur Kündigung des Lohnabkommens. Verlangt wurde die Einführung der Vierzigstundenswoche mit Lohnausgleich und Zwangseinstellung. Das dies durchführbar ist, beweist, daß in allen *ADGB*-Betrieben untrer Bezirks die Fünftagewoche eingeführt ist. Hierauf gab Kollege *Strachmann* eingehend über die Bezirksvorsteherkonferenz in Köln Bericht, die sich mit der Wirtschafts- und Arbeitslage sowie Gauangelegenheiten befahte. An der darauffolgenden Diskussion beteiligten sich eine Reihe von Kollegen, die sich in der Hauptsache mit der Gewerkschaftsbeschäftigten. Den Hauptpunkt der Sitzung bildete die Ansprache über die gewerkschaftliche Lage in den einzelnen Orten untrer Bezirks. Überall daselbe Bild, große Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnabbau. In einem Falle sogar Betriebsstilllegung, wovon über 100 Kollegen (darunter Kollegen, die 30, 40, sogar 50 Jahre bei dieser Firma beschäftigt waren) betroffen worden. Man sieht nicht davor zurück, selbst bei Lehrlingen die Kostgebäude zu reduzieren und versucht, die Lehrlingskatale herauszufehen. In einem Betrieb hat man durch Einwirkung auf die Eltern versucht, die Lehrverträge dahingehend zu ändern, daß bei Betrügerarbeiten auch die Kostgebäude dementsprechend gekürzt werden können. Man will sich auch schon an den Lehrlingen bereichern. Kollege *Holz* erstattete dann den *Rassenbericht* und führte bittere Klagen über die hohe Zahl der Restanten. Hervorgehoben sei noch ein Schreiben des Gewerkschaftes, in dem dieser die zu Weihnachten bewilligten Sonderunterstützungen an Invaliden und arbeitslose Kollegen bekanntgab. Auf Vorschlag des Vorstandes erklärten sich die Vertrauensleute damit einverstanden, zu den obigen Unterstützungen auch die der Bezirksliste je 10 M. zuzufeuern. Jedoch soll die Bedürftigkeit einzelner Kollegen geprüft werden. Hierauf nahm man Stellung zum Punkt „*Neueinstellung* der Jahresfeier für arbeitslose Versammlungsbesucher“. Man war allgemein der Ansicht, den Betrag von 3 M., wie die letzte Bezirksversammlung vorgesehen hatte, bis auf weiteres zu belassen. Schließlich erfolgte noch die Erledigung einiger bezirkslicher Angelegenheiten.

**Breslau.** Hier tagte am 22. November die Wahlkommission zur Prüfung der eingegangenen Bewerbungen

Schreiben für den durch das Ausschneiden des Kollegen Pfeiderer freigebliebenen Gauvorsitzes. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Kollege Feige in einem Nachruf der beiden so plötzlich aus dem Leben geschiedenen Verbandsfunktionäre Robert Glaser und Karl Sandfort, der von den Versammelten lebend angehört wurde. Kollege Siefert verlas die drei eingegangenen Bewerbungschriften. Eins schied von vornherein aus, da es nicht den in der Ausschreibung geforderten Bedingungen entsprach. Die andern beiden Bewerber, Kollege Karl Feige und Kollege Fritz Birnbach, werden der Gaumitgliedschaft zur Urwahl gestellt. Am 16. Dezember werden die eingegangenen Stimmzettel ausgezählt, und der gewählte Kollege gibt ab 1. Januar 1932 als angestellt. Anschließend an die Sitzung der Wahlkommission fand eine Bezirksvorsitzerkonferenz statt, in der Kollege Feige einen erschöpfenden Überblick über den Gang der letzten Lohnverhandlungen gab. Aus dem Bericht war zu entnehmen, daß die staatlichen Schlichtungsinstanzen auch bei diesen Lohnverhandlungen den brutalen Abbaugeschäften einer reaktionären und unsoliden Unternehmerrichtigkeit weitestgehend Rechnung tragen wollten. Ohne Rücksicht auf weiter findende Kaufkraft, ohne Rücksicht auf verdienende Massen, ohne jedes soziale Verständnis. Zum Schluß sprach er eindeutig über die sich am 28. November ergebende Situation. In der sehr regen Aussprache wurde die Frage aufgeworfen, was der Verbandsvorstand und die Gauvorsitzer in dieser Situation für Abwehrmaßnahmen ins Auge gefaßt haben. Es sei doch unmöglich anzunehmen, daß die Führer unserer Organisation alle diese Dinge, die uns betreffen, widerspruchslos hinzunehmen bereit seien. Betriebliche und örtliche Bewegungen schalten bei unsrem über das ganze Reich geltenden Tarif aus. Einkommensstand aber alle Anwesenden auf dem Standpunkt, daß durch geeignete zentrale Maßnahmen ganz bestimmt auch heute noch etwas zu erreichen wäre. Die schließliche Gehilfenchaft sei ebenfalls bereit, sich eine Verbesserung ihrer Lage zu erkämpfen. Eine dementsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen und sofort dem Verbandsvorstand und sämtlichen Gauen überandt. Im weiteren Verlauf der Sitzung kam die Betreuung der Durchreisenden zur Sprache, die einzelnen Orten ungeheure Kosten verursacht und zu einer neuen, zentralen Regelung drängt. Gegenüber der verschiedentlich am „Korr.“ geübten Kritik wies Kollege Feige nach, daß in der heutigen Zeit die Redaktion des „Korr.“ sehr oft aus taktischen Gründen heraus zu Streichungen gezwungen sei. Er hat die Vorlesenden, die Berichte der Schriftführer vor ihrer Absendung zu prüfen. Beschlüssen wurde, aus Gaumitteln zu Weichhalten folgende Unterstüßungen auszusparen: Alle in der statistischen Verbandsunterstützung ausgefertigten und nichtbezugsberechtigten Kollegen erhalten die 0 bis 149 Beiträge 3 M., bei 150 bis 499 Beiträgen 10 M. und bei über 500 Beiträgen 15 M. Die selbst in der „M.“-Unterstützung ausgefertigten Kollegen erhalten den Betrag von 20 M., die Invaliden 10 M. Nachdem noch auf einige Ungerechtigkeiten bei der Erhebung der Extrabeiträge hingewiesen und verschiedene kleinere Gaugeschehenheiten (Zerbringungsordnung und Lehrverhältnisse, Kollegienbesuche, Preisungsbezüge, Einbeziehung in Krisenfristorgane usw.) zur Sprache gekommen waren, wurde die harmonisch verlaufene Tagung gegen 5 Uhr nachmittags geschlossen.

**Chemnitz.** In unserer Versammlung am 10. November wurde zunächst das Andenken von vier verstorbenen Kollegen geehrt. Sodann referierte Gauleiter Wiering vom Buchbinderverband über das Thema „Tarifpolitik und Aufgaben der Gewerkschaften“. Das Referat wurde beifällig aufgenommen. Die Disziplin gestaltete sich recht lebhaft. Einige Kollegen übten scharfe Kritik an den Führern der Gewerkschaften und ihrer sogenannten Arbeitsgemeinschaftspolitik. Die Schlichtungsordnung müßte fort, sie sei nur zum Schaden für die Arbeiter. Sie verlangten ferner die sofortige Zurückziehung der beiden Gewerkschaftsführer Graumann und Eggert aus dem Wirtschaftsbeirat und brachten eine dementsprechende Entschließung ein, die jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Gauvorsitzer Dertel hielt das Schlichtungswesen heute noch für unentbehrlich. Man müsse die Verhältnisse berücksichtigen, die realen Tatsachen entsprechen lassen. Das Vertrauen zu den selbst gewählten Führern dürfe nicht untergraben werden, sondern müsse gestärkt werden, um eine Einigung aller Arbeiter herbeizuführen. Der Referent stellte in seinem Schlußwort noch verschiedenes richtig. Eine Entschließung an den Reichsarbeitsminister (betreffend Lohnabkommen der Buchdrucker), in der sich jeder jeden Lohnabbau Stellung genommen wurde, fand Annahme. Desgleichen eine Entschließung an den Völkerverbund, in der die Abrüstung gefordert wird. Unter „Verschiedenem“ gab Vorsitzender Waigel in noch bekannt, daß die Unterstüßung für Durchreisende gestrichelt werden mußte. Als Weihnachtsgeschenk werden vom Ortsauschuß des DGB 10 000 Lebensmittelpakete (à 5 M.) an Arbeitslose aller Gewerkschaften abgegeben. Zum Schluß leitete Gauvorsitzer Dertel eine Resolution ein, daß auch in diesem Jahr die arbeitslosen Kollegen eine Weihnachtunterstützung (20, 10 und 5 M.) aus Gaumitteln erhalten sollen.

**Halle a. d. S.** In unserer Versammlung am 6. November fand bei guter Beteiligung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung zwei uns durch den Tod entzogene Kollegen. Sodann referierte Arbeitersekretär Buchholz über das Thema „Wirtschaftspolitik und Fragen der Gegenwart und ihre Auswirkungen auf die Arbeiterklasse“. Redner führte u. a. aus, daß der allgemeinen Wirtschaft nur geholfen werden könnte durch eine Bereinigung der Reparationszahlungen. Ein oppositioneller Diskussionsredner trat ihm in einer rein politischen Rede entgegen, die alles andere war, nur keine Belehrung für die Versammlungsbesucher. Auch streifte er die Vierzigtundenwoche, wofür er vom Kollegen Weigelt eine Abfuhr erhielt, der ihm mit Recht vorwarf, daß die SPD, wofür die Vierzigtundenwoche propagierte, aber in der eignen Drucker 26 Stunden arbeiten lasse, ohne die über 48 Stunden hinausgehende Zeit zu bezahlen. In seinem Schlußwort rechnete der Referent in sachlicher Weise mit den „oppositionellen“ Rednern ab, indem er u. a. aussprach: „Man muß die jetzigen Verhältnisse so sehen, wie sie in Wirklichkeit sind und nicht, wie man sie gern haben möchte. Nur der Müß der allgemeinen Arbeiter-

schaft, der dafür sorgt, daß die Gewerkschaftsbewegung sich mehr und mehr entfallen kann. Ein von kommunistischer Seite zu diesem Punkt noch gestellter Antrag auf Nichtkritik der freigewerkschaftlichen Vertreter im Wirtschaftsbeirat wurde zur Ablehnung nicht zugelassen, da die SPD kein Recht hat, den „Arbeitervertretern“ Vorschriften zu machen. Nachdem der Vorsitzende dem Referenten Dank ausgesprochen, gab er den immer trostloser werdenden Stand des Arbeitsnachweises bekannt. Ferner machte er die Erwerbslosen auf den eventuellen Verfall der Invalidentarifen aufmerksam. Sodann wurde über die Lohnverhandlungen diskutiert. Die hiesige Kollegenschaft erwartet von unsren Verbandsinstanzen, daß kein Mittel unversucht gelassen wird, um einen eventuellen weiteren Lohnabbau mit Rücksicht auf die allgemeine Lage der Arbeiterklasse unmöglich zu machen. Die Vorschläge der Kandidaten zur Ortsvorsitzerschaft, Gaubeisitzer und Erwerbslosenausgleichsliederwahl, die am 13. Dezember stattfindet, sind bis 5. Dezember einzureichen. Ferner wurde einstimmig beschlossen, das Ortsgeheimnis für Durchreisende auf 2 M. für Ausgesteuerte und Nichtbezugsberechtigten und 75 Pf. für Bezugsberechtigten herabzusetzen.

**Krefeld. (Machinensetzer.)** Unsere Bezirksversammlung fand am 14. November statt und nahm einen anregenden Verlauf. Die Punkte „Geschäftliches“ und „Mittelungen“ waren schnell erledigt. Ebenso ging es mit dem Kassenbericht. Zufriedenstellender Kassenbestand, korrekte Führung, einstufige Entlastung. Aber schon der nächste Punkt, „Bericht über die letzte Gausammlung“, bewies, daß die Zeiten alles andere als rosig sind. Zeichnete doch der Berichtsführer ein Bild, auf dem die Wogen der Reaktion wild und ungemillig gegen das Volk der Gewerkschaften drücken. Sie suchen es zu unterminieren, von allen Seiten bedrohen sie dieses Volk. Die Reaktion glaubt die Zeit gekommen, um alle Ertragsfähigkeiten der Arbeiterkraft wieder zu nehmen und sie zu Kulis im Sinne des vergangenen Jahrhunderts herabzubringen. Da muß auch dem letzten Kollegen klar werden, wo sein Platz ist. Die Stimmung der Versammlung zeigte, daß man im gegebenen Moment tren zur Führung steht. Von dieser aber wurde verlangt, daß sie, wenn eben möglich, dem grausamen Spiel ein Ende macht und zum letzten Mittel greift, um den Gehilfenforderungen Nachdruck zu verleihen. Eine ganz besondere Behandlung wurde noch der Kurzarbeit gewidmet. Kurzarbeit wird jetzt systematisch eingeführt, selbst auf die Gefahr hin, in manchen Wochen mehr an Arbeitsstunden zu bezahlen zu müssen, als sonst in 48 Stunden verdient wurde. Auch der nächste Punkt, „Die Lage im Bezirk“, zeigte, daß es in unserm Bezirk durch Anschwellen der Konditionslosen und Kurzarbeiter weiter abwärts geht. Unter „Leidenschaftlich“ behandelte Kollege Kretz die Frage: „Wie muß das Verhalten sein, um Störungen zu vermeiden?“ Die Anregungen wurden von den Kollegen interessiert zur Kenntnis genommen. Ferner wurde ein von dem Kollegen Ernst Wilsch (M.-Gladbach) konstruierter „Langer Finger“ an der Linotype vorgeführt. Kollegen, die diesen anspricht haben, beschäftigten seine gute Verwendbarkeit. Unter „Verschiedenem“ kamen noch interne Bundesangelegenheiten zur Sprache. Hierzu wurde empfohlen, in dieser schweren Zeit Reibereien in den Dossinen unter allen Umständen zu vermeiden. Nur eine einige, geschlossene Kollegenschaft wird den Unternehmern gegen ein Paroli gebieten können.

**Leipzig. (Korrektoren.)** — **Sabja hrserich.** Während des Sommers ließen wir die regelmäßigen Monatsversammlungen ausfallen. Dafür fanden aber zwangsläufig Zusammenkünfte im Vereinslokal statt, die immer von einer Anzahl Kollegen besucht waren. Außerdem fand im Juni die Besichtigung des Zoologischen Instituts statt, wobei dessen Direktor einen lehrreichen Vortrag hielt. Ebenso fand am 9. August unser üblicher Familienausflug statt, der diesmal in die durch die neue Bahn Leipzig-Meißenbühler besser erschlossene Esterzau ging. — Am 11. September wurde mit einer Versammlung die Vereinsarbeit in verstärktem Maße wieder aufgenommen. Sie sollte die letzte sein in unserm bisherigen Vereinslokal „Goldene Säge“. Auf Antrag des Vorstandes beschloß die Versammlung, in Zukunft unsere Zusammenkünfte im Gauvereinslokal in der Brüderstraße abzuhalten. Kollege Mauff, der Gründer unsers Vereins, hielt an diesem Abend, zu dem auch unsere Frauen eingeladen waren, einen interessanten Vortrag über „Guten Stil“, der allseitigen Beifall fand. — Unser 25. Stiftungsfest wurde am 19. September in echt kollegialer Weise wieder im „Künsterhaus“ abgehalten. Unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Gutenberg“, einiger Langirer und unsers Kollegen Quasdorff, der mit seinen Vorträgen wieder sämtliche Lustmuskeln in Bewegung setzte, verlief der Abend zu aller Zufriedenheit. — In der Oktoberversammlung fand bereits im neuen Vereinslokal statt. In dieser hielt Kollege Heilig, über dessen 50jähriges Jubiläum wir bereits berichtet haben, einen äußerst lehrreichen Vortrag über den Gang fremder Sprachen, der eine Fortsetzung seines Vortrages in der Märzversammlung war und in dem diesmal in der Hauptsache das Italienische behandelt wurde. — Am 15. November konnten wir den Schriftleiter des „Sprachworts“, Kollegen Oberländer, in unser Mitte begrüßen, der in trefflichen Ausführungen an Hand von zahlreichen Beispielen, die er in Lichtbildern den Kollegen vor Augen führte, die zehn Punkte des Erlauter Rechtschreibprogramms des Bildungsverbandes erläuterte. Sie fanden allseitig Zustimmung und sollen in der Dezemberversammlung noch einer eingehenden Aussprache unterzogen werden, wobei auch Vorschläge von anderer Seite noch besprochen werden sollen. Der außerordentlich hohe Arbeitslosenzustand hat sich durch Einstellung einiger Kollegen zur Herstellung von Adressbüchern für kurze Zeit etwas verringert.

**Wienitz. (Machinensetzer.)** Unsere hiesige Vereinigung feierte am 7. November ihr 25. Stiftungsfest. Sind auch die jetzigen schweren Zeiten nicht dazu angetan, Feste zu feiern, so hatten wir uns doch davon leiten lassen, im Hinblick auf die Bedeutung des Tages im Kreise der Kollegen einige frohe Stunden zu verleihen. Eingeleitet wurde der Abend durch zwei gut zu Gehör gebrachte Konzerte, ausgeführt vom hiesigen Buchdruckerorchester. Hierauf begrüßte Vorsitzender Köhler die Erhaltenen, in besonderem als Gäste den Vorlesenden des Schließlichen

Maschinensehervereins, Kollegen Stiller (Breslau), unsern ehemaligen Kreispartenvorsitzenden Birnbach (Hirschberg), den Vertreter des Bezirks Madonnen, Kollegen Mahner, und als Vertreter der Mergenthaler, Herrn Suble. Hieran schlossen sich weitere Begrüßungsansprachen, und anschließend wurden die eingegangenen Glückwunschkarten und Telegramme verlesen. Von den einzelnen Parteien, vom Ortsverein und Bezirk Wienitz war dem Jubelverein gemeinsam ein Urkunden mit Widmung als Geschenk übergeben worden. Kollege Birnbach sprach die Festworte zu dieser Feierkunde. Er gab in kurzen Umrissen einen geschichtlichen Rückblick und Überblick über Werden und Wachsen der Sparte. Seine Ausführungen schlossen mit einem Hoch auf den Verband. An die Jubiläre richtete Kollege Stiller erheudende Worte. Die als sichtbare Anerkennung für 25jährige Tätigkeit an der Linotype gestifteten Urknäpfer der Mergenthaler Sehmalsfabrik überreichte der Vertreter, Herr Suble, den Jubilaren. Durch Gesangsvorträge des Gesangsvereins „Gutenberg“ und durch Rezitationen wurde die Feier würdig umrahmt. Ein Tanzstänchen hielt die Teilnehmer noch einige Zeit gemühtlich beisammen und brachte das Fest zu einem harmonischen Abschluß.

**Weihen.** In Gemeinschaft mit der Ortsgruppe des Bildungsverbandes war es uns gelungen, Herrn Pfarrer Erdensobot aus Weihen (religiöser Sozialist und überzeugter Pazifist) zu einem Vortrag über das Thema „Der Krieg nadt“ zu gewinnen. Hier sprach ein wahrer Menschenfreund in offener Weise zu uns. Einer von den wenigen Dienern der Kirche, die den Krieg, weil kulturzerstörend, in jeder Form verdammen. Es sei traurig, 13 Jahre nach dem großen Völkermorden so viel Kraft vergeuden zu müssen, um die Menschen über das wahre Gesicht des Krieges aufzuklären, der in Zukunft noch viel furchtbarer wüten würde. Der Krieg entspringt dem Drang nach Hebelntum. Mit romantischen Ideen war mancher ausgezogen, der dann bitter enttäuscht wurde. Heroische Taten im Alltag zu vollbringen, ist jederzeit möglich. Doch auch der Mammion spielt eine große Rolle. Schon der Landknecht zog aus, um „Beute“ zu machen; später war es die Rüstungsindustrie, die blutige Internationale. Deutsche haben an deutschem Blut, Engländer an englischen Blut Geld verdient. Und wie steht es mit der sittlichen Erziehung? Der muß eine solche Erziehung genossen haben, der die Kaserne brandt. Und das Trüben während des Krieges mit seinen Begleiterscheinungen war ein tiefer Sumpf. Krieg und Eros sind unzerrennliche Geschwister. Redner betonte zum Schluß, daß die Gewerkschaften die Macht hätten, in Zukunft Kriege zu verhindern. In der Debatte wurde ausgedrückt, daß die Kirche immer verlag hätte bei der Befämpfung des Krieges, was der Redner im Schlußwort lebend bestätigen mußte; gumindestens habe sie nicht genügend kriegsgerecht gewirkt. Eine Resolution an die Reichsregierung und an den DGB, im Völkerverbund energisch für die Weltabstrüfung zu kämpfen, um das Gespenst eines Krieges zu bannen, wurde einstimmig angenommen.

**Mühlberg.** Unser Bezirksverein hielt am 15. November in Eggenfelden seine Herbstversammlung ab, die sich recht guten Besuchs aus den angrenzenden Rudoltern erfreuen konnte. Die umfangreiche Tagesordnung wurde noch bereichert durch einen schönen Lichtbildvortrag des Kreisvorsitzenden des Bildungsverbandes, Kollegen Muec (München) über „Die Photographie in der modernen Druckmaschinenherstellung“. Die ganze Versammlung war trotz der Kälte von echt kollegialer Zufammenkunft erfüllt. Die vielen anwesenden arbeitslosen und drei durchreisende Kollegen wurden aus der Bezirkskasse mit je 5 M. bedacht. Auch für die Fahrtkosten kam die Bezirkskasse voll auf. In sachlicher Weise wurde der geschäftliche Teil der Versammlung erledigt und die Kollegialität wieder aufgefrischt. „Hoch der Verband“ war in allem Lobung und Zielrichtung.

**Münberg. (Mittagsstille.)** In der Wiederabgabe des Referats des Kollegen Stahl über das Thema „Pioniere der Menschheit“, gehalten in der Handwerker-einigung (siehe „Korr.“ vom 25. November), sind einige Angaben enthalten, die der Richtigstellung bedürfen. So kann keine Rede davon sein, daß der Referent den Kaiser Konstantin als Pionier hinstellte. Er jagte im Gegenteil, daß die christliche Ethik durch Konstantins Proklamierung des Christentums zur Staatsreligion ihres ursprünglichen revolutionären Charakters entleert wurde und man deshalb den Humanismus in seiner Eigenschaft als Menschheitsreligion als höherstehende Ethik bezeichnen müsse. Beim Kapitel Hegel wies der Referent auf die Unentschiedenheit und das Einende zwischen seiner und der marxistischen Dialektik hin und zog so die Schlußfolgerung, daß die Urtmeyer des Sozialismus, Karl Marx, Friedrich Engels, Ferdinand Lassalle, ihre weitergehende Erkenntnis zweifellos aus der Hegelschen Gehilfenauffassung entwickelten. Das kam im Bericht nicht klar zum Ausdruck. Das Herderische Zitat entfiel (im Vortrag wurden deren mehrere gebracht) lautet in seinem zum Abdruck gelangten Anfang: „Kastel uns, meine Brüder, mit mutigem, fröhlichem Herzen auch mitten unter der Wolke arbeiten zu einer großen Zukunft.“

**Allgemeine Rundschau**

**Vorsicht beim Unterschreiben von Ausgleichsquittungen oder Reueren.** Wie uns aus den Leipziger Gaumittelungen bekannt geworden ist, wurden die Buchdruckerbeisitzer in einem Rundschreiben des Deutschen Buchdrucker-Vereins, Kreis VII (Sachsen), aufgefordert, den Gehilfen bei Entlassungen Ausgleichsquittungen mit folgendem Wortlaut zur Unterschrift vorzulegen: „Ich beehneige hiermit, daß ich zum Ausgleich meiner Ansprüche nach der nebenstehenden Lohnaufstellung von der Firma (folgt Name der Firma) ... M. in voll richtig empfangen habe. Ausdrücklich erkläre ich, daß ich hiermit alle meine Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis als abgegolten betrachte.“ Der Zweck dieser Maßnahme läuft darauf hinaus, den Gehilfen das Recht zu nehmen, bei etwaigen weiteren Lohnansprüchen gegen die betreffende Firma zu führen. Aus diesem Grund seien alle Kollegen gewarnt, bei Konditionsbeendigung sogenannte Ausgleichsquittungen oder andre Reueren zu



